

39. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Sonder- und Sommersession 2021



-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

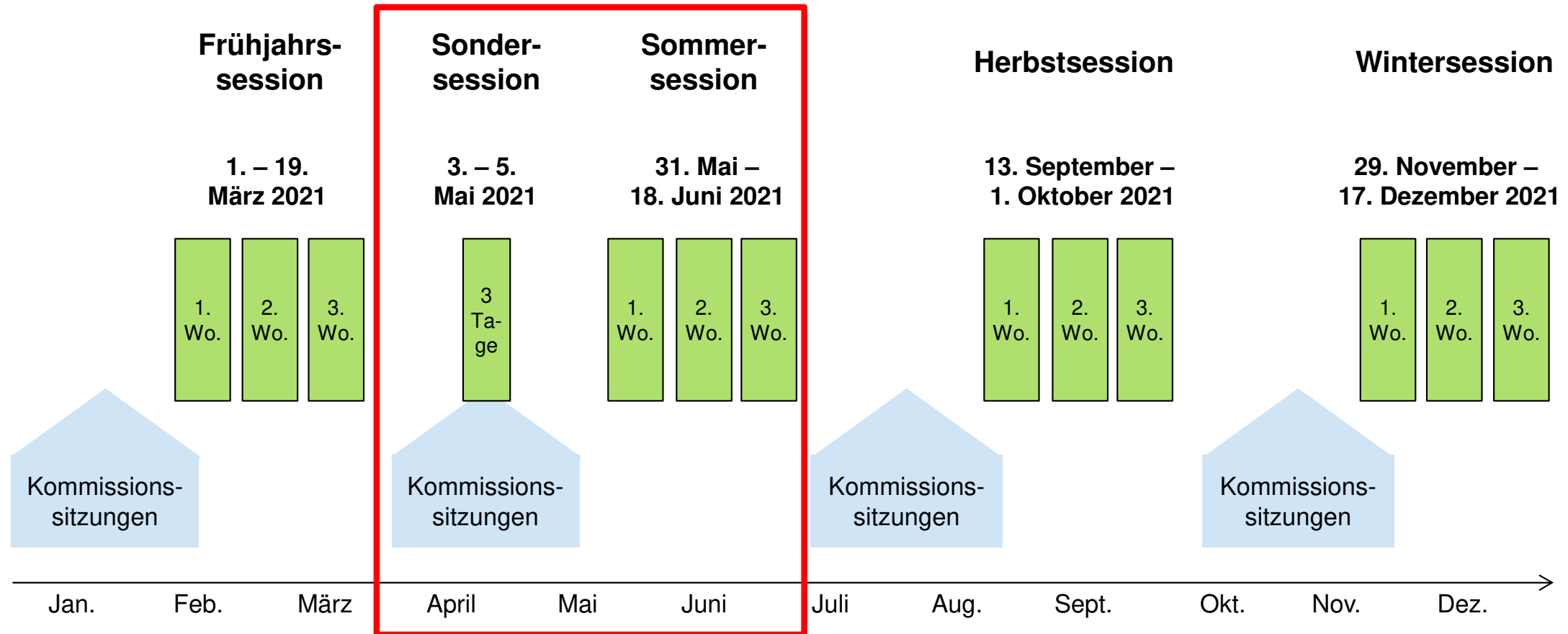
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

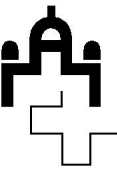
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Sonder- und Sommersession und andere wichtige politische Entwicklungen



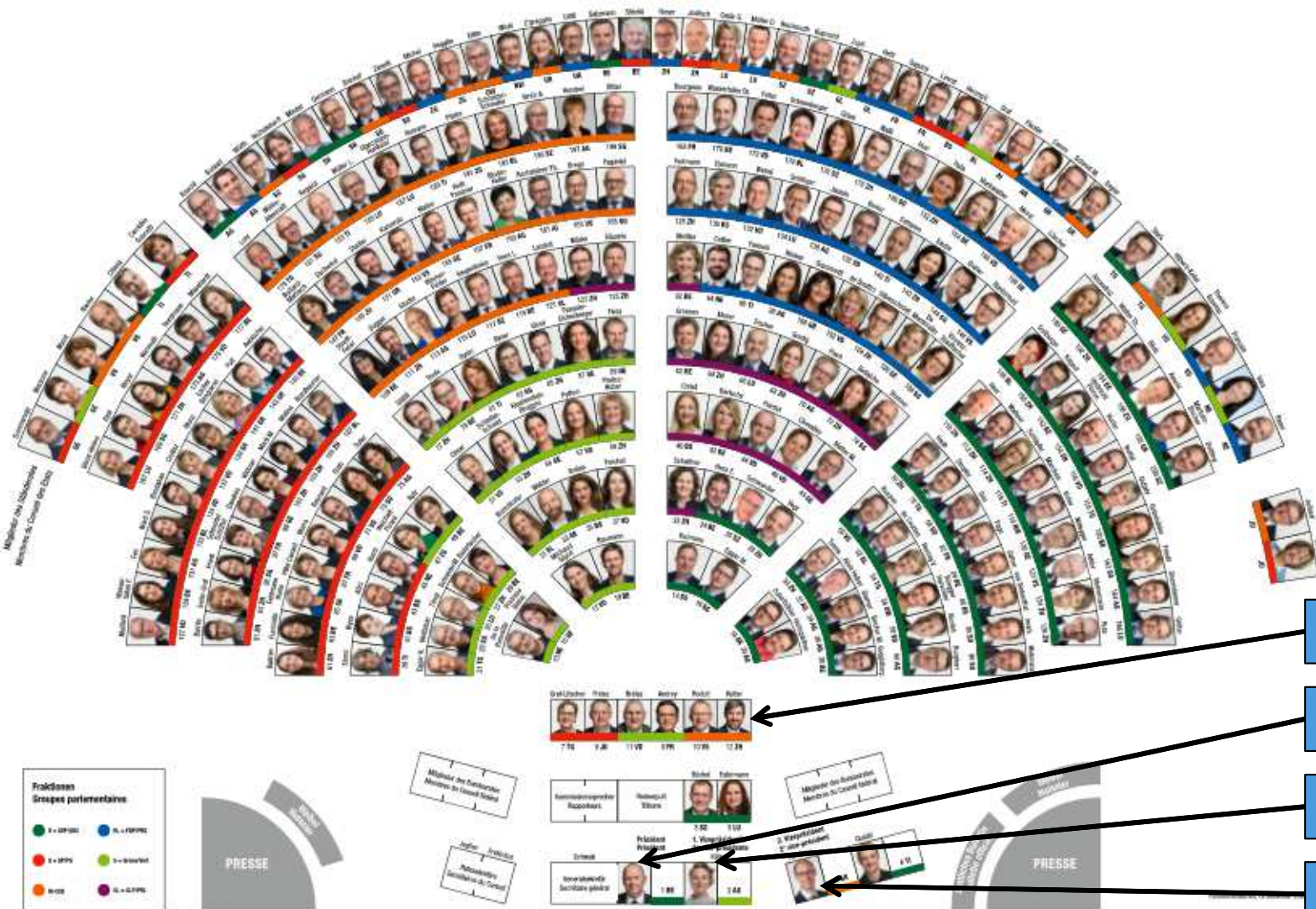
Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen



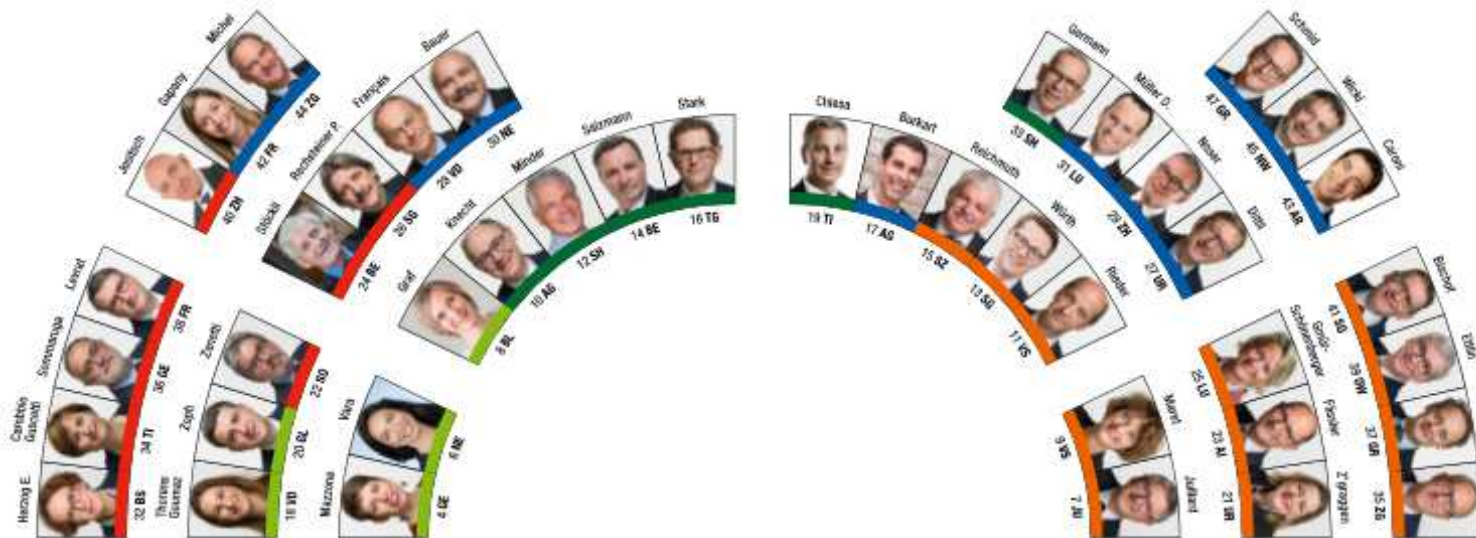
Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die Grünen und die Mitte



Stärke der Fraktionen im Nationalrat

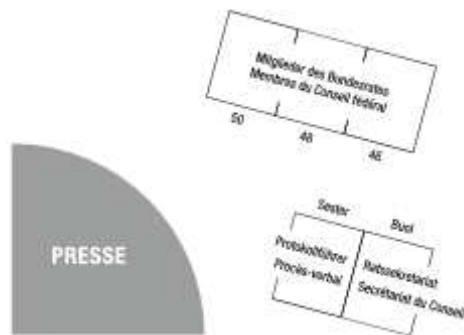
SVP:	55
SP:	39
Mitte:	31
Grüne:	30
FDP:	29
GLP:	16

Der Ständerat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die FDP und die Mitte



Stärke der Fraktionen im Ständerat

Mitte:	13
FDP:	12
SP:	9
SVP:	7
Grüne:	5
GLP:	-



Stimmzählerin (SP)

2. Vizepräsidentin (Mitte)

1. Vizepräsident (FDP)

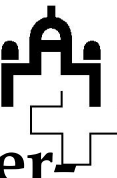
Präsident (SVP)

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

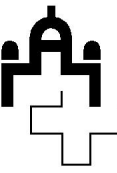
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Sonder- & Sommersession 2021 und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Institutionelles Rahmenabkommen (InstA)
- 2 CO₂-Gesetz
- 3 Covid19
- 4 Typenwahl Kampfjetbeschaffung
- 5 Stabilisierung der AHV
- 6 Massnahmenpaket zugunsten der Medien
- 7 UNO-Migrationspakt
- 8 Mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung
- 9 Diverse weitere Geschäfte



SVP erhält Recht: Bundesrat sagt Nein zum Rahmenabkommen



op Loser, Markus
ger, Fabian Fellmann
Stephan Israel

der Bundesrat beschlossen, d
Verhandlungen zu beende
«Das ist kein schwarzer Mit
woche», sagte Bundespräsident
Guy Parmelin. Man sei vielmeh
im Anfang «eines neuen Kapi
tels» im Verhältnis mit der EU.
Die Botschaft wurde der Euro
päischen Union in einem Brief
überbracht – Kommissionsprä
sidentin Ursula von der Leyer

Die Ironie der Geschichte zuerst: Der
Bundesrat bricht die Verhandlungen
über ein institutionelles Abkommen
mit der EU ab – und kündigt zugleich
an, zu prüfen, wo die Schweiz ihr Recht
einseitig demjenigen der EU anpassen
kann. Dies, weil er die Konsequenzen
seiner Entscheidung fürchtet. Auffang-
massnahme nennt man das im Beam-
tenjargon.

Ganz ohne Druck aus Brüssel, ganz
eigenständig, ganz autonom will der
Bundesrat ausloten, wie die Schweiz
etwa bei den flankierenden Massnah-
men Anpassungen vornehmen kann,
um Differenzen zur EU abzubauen.
Das versteht der Bundesrat unter
Souveränität. Es ist ein seltsames
Verständnis, aber eines mit Tradition.
Doch seien wir ehrlich: Die Schweiz
liegt mitten in Europa, sie unterhält
mit der EU ein Geflecht aus über 100
Verträgen, ist weitgehend in den
Binnenmarkt integriert. Und hochgra-
dig vom Goodwill der EU abhängig.
Das erlebt derzeit gerade die Medien-
branche, weil Brüssel das Abkommen
über die technischen Handelsbarrieren
nicht aufzulösen will.

Die so verstandene Unabhängigkeit ist
eine Schweizer Lebenslage. Sie funk-
tioniert, solange es um die Wirtschaft
geht. Toxisch wird es bei der Migra-

Bali: Sodom und Gomorra der Generation Greta

November 22. - 5. Juni 2021 - 96 Jahrgang
Fr. 9. - (S. 102, 104, 105) - Euro 6.50

DIE WELTWOCH



Retter der Schweiz

Christoph Blocher, der bedeutendste Politiker unserer Zeit.
Roger Köppel

Mein Kanzl

ian St

na
tai

er Wuh
rs Gehr

Die Landesregierung bricht die
Verhandlungen mit der EU ab.
Als Zeichen des guten Willens will
sie nun die Kohäsionsmilliarde
freigeben – die Erfolgchancen
dieses Vorhabens sind ungewiss.

FABIAN SCHÄFER, CHRISTOF FORSTER, BERN

Jahrelanges Zögern und Zaudern – und
nun plötzlich diese Klarheit: Fast schon
barsch hat der Bundesrat der EU am
Mittwoch eine Absage erteilt. Dass er
das Rahmenabkommen, das den bilate-
ralen Weg absichern soll, nicht unter-
zeichnen wird, war erwartet worden.
Überraschend kam, dass er die Verhand-
lungen offiziell für beendet erklärt – un-
umwunden und unilateral, ohne politi-
sche Absprache mit der EU. Im Vor-
feld waren verschiedene mildere Optio-
nen diskutiert worden. Davon wollte die
Mehrheit offenkundig nichts wissen.

Bern verlässt den Verhandlungstisch.
Kommt nun die befürchtete Eskalation
mit einer schrittweisen Eintrübung der
Beziehungen, mit negativen Folgen für
Exportfirmen, für Hochschulen, für die
Stromversorgung und in anderen Berei-
chen? Die EU hat angekündigt, dass sie
ohne Rahmenvertrag die bestehenden
Abkommen nicht mehr aktualisieren

Mohrenkopf: Die Tilgung von Wörtern hilft nicht gegen R

Neue Zürcher

NZZ – GEGRÜNDET 1730

Donnerstag, 27. Mai 2021 · Nr. 119 · 242. Jg.

Bern schlägt die Türe zu

Der Bundesrat versenkt den Rahmenvertrag ohne Plan B – der Ton der Absage war im G

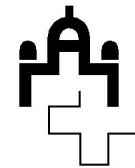


Die Bundesräte Karin Keller-Sutter (FDP), Guy Parmelin (SVP) und Ignazio Cassis (FDP) verkünden den Abbruch der Verhandlungen.

Bild: Peter Schreiner/KeyStone



Bundespräsident Guy Parmelin erläutert vor den Medien den Abbruch der Verhandlungen



Das Volk sagt Nein zum CO₂-Gesetz – obwohl von den grossen Parteien nur die SVP gegen das schädliche Gesetz antritt



Fr. 2.50 | Montag, 14. Juni 2021

51,6 % Nein zum CO₂-Gesetz!

Sommergas schlimmste Niederlage

Die Umweltministerin scheitert mit ihrem Herzensprojekt
Gegner und Befürworter sind gleichermassen überrascht
Gründe, Ausblick und Kommentar → Seiten 2-3



Bei der zweiten Date der ersten Kuss

Die Rückkehr der SVP

Nach dem unerwarteten Erfolg gegen das CO₂-Gesetz attackiert Parteivater Blocher die grossen Städte.

Francesco Benini

Ende September 2020 schien die SVP am Ende. Die Begrenzungsinitiative fiel an den Wählurnen durch. Ebenso drei andere Vorlagen, welche die Volkspartei unterstützt hatte. In den Kantonen verlor die SVP Wähleranteile. Nach einer schier endlosen parteiinternen Suche rief sie Marco Chiesa zum neuen Parteipräsidenten aus. «Marco wer?», fragte man sich in der Deutschschweiz.

SERMIN FAKI

Sie hatte es komisch, doch war Simon (61) die Entdeckung, als sie gestern Öffentlichkeit trat. Schon Anfang Jahr hat Umweltministerin im Blick CO₂-Gesetz gewiebelt. «Investitionen in die Zukunft sind notwendig», hatte sie gesagt. Und der sonst so stolze Simon blieb nichts anderes zu behaupten, dass dies kein Klimaschutz sei. Was sie in einem Interview ans Portemonnaie

Peter Bodenmann, SP-URGestein, spottete, dass die Exponenten der SVP völlig ratlos wirkten. Die Partei zerstöre ihren eigenen Sieger-Mythos.

Neun Monate die SVP als der grösste Mitwirkende an den drei Wochen bild gewandelt.

Landbewohner Fantastereien d. Der Bundesrat lehnt das EU-Rahmenabkommen ab, wie es die SVP seit

dert hatte. Die SVP darf nicht viel zureden, dass Karin Keller-Sutter Abkommen eine Entscheidung einnahm, Ignazio Cassis (C) Ein Coup ist das Nein zum CO₂-Gesetz. SVP stand allein gegen die anderen Parteien. Er führt einen Abstimmungskampf nach dem alten Kampagnenbuch der SVP: Sei leidenschaftlich. Sei bissig. Provoziere bis zur Grenze des Anstands. Christian Imark politisiert wie die alte SVP. Aber er repräsentiert die neue.

Der grosse Sieger

SVP-Nationalrat Christian Imark bricht die grüne Welle

ANGELIKA HARDEGGER

Für die politischen Gegner muss es sich angefühlt haben wie ein Déjà-vu. Dieser Freitagabend vor vier Wochen, als der SVP-Politiker Christian Imark in der Sendung «Arena» stand. Als er vom Pult ein Blatt Papier zückte, darauf eine gedruckte Grafik, und diese vor die Kamera hielt. Imark kämpfte in der «Arena» gegen das Gen gewonnen mit kreativen Diagrammen. Gewonnen hat nun auch Christian Imark. Er hat die grüne Welle gebrochen. Er führte einen Abstimmungskampf nach dem alten Kampagnenbuch der SVP: Sei leidenschaftlich. Sei bissig. Provoziere bis zur Grenze des Anstands. Christian Imark politisiert wie die alte SVP. Aber er repräsentiert die neue.



die eine Berufslehre machen und arbeiten. Die SVP vertritt den ländlichen Mittelstand und ist nicht die Partei der Politiker, die noch nie gearbeitet haben.»

Die SVP ist erfahren darin, Feindbilder zu kultivieren. Die EU fällt nun als Zielscheibe für einige Zeit aus. Blocher setzt darum auf den Gegensatz zwischen Stadt und Land: hier die arbeitssame Landbevölkerung, dort die dekadenten Städte. Mit diesem Kontrast sollen die Menschen auf dem Land dazu gebracht werden, wieder fleissiger SVP zu wählen als in den letzten Jahren.

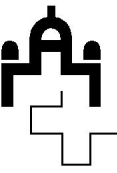
Ist es eine Trendwende – oder nur ein Zwischenhoch?

Der Plan birgt allerdings Risiken: Mit dem Angriff auf die urbanen Gebiete überlässt die SVP das dortige Elektorat der Konkurrenz. Die Partei gibt das Vorhaben auf, auch in den Städten zu starken politischen Kraft zu werden. Und wenn es nicht gelingt, die Landbevölkerung längerfristig zu mobilisieren, drohen der SVP neue Wahlverluste.

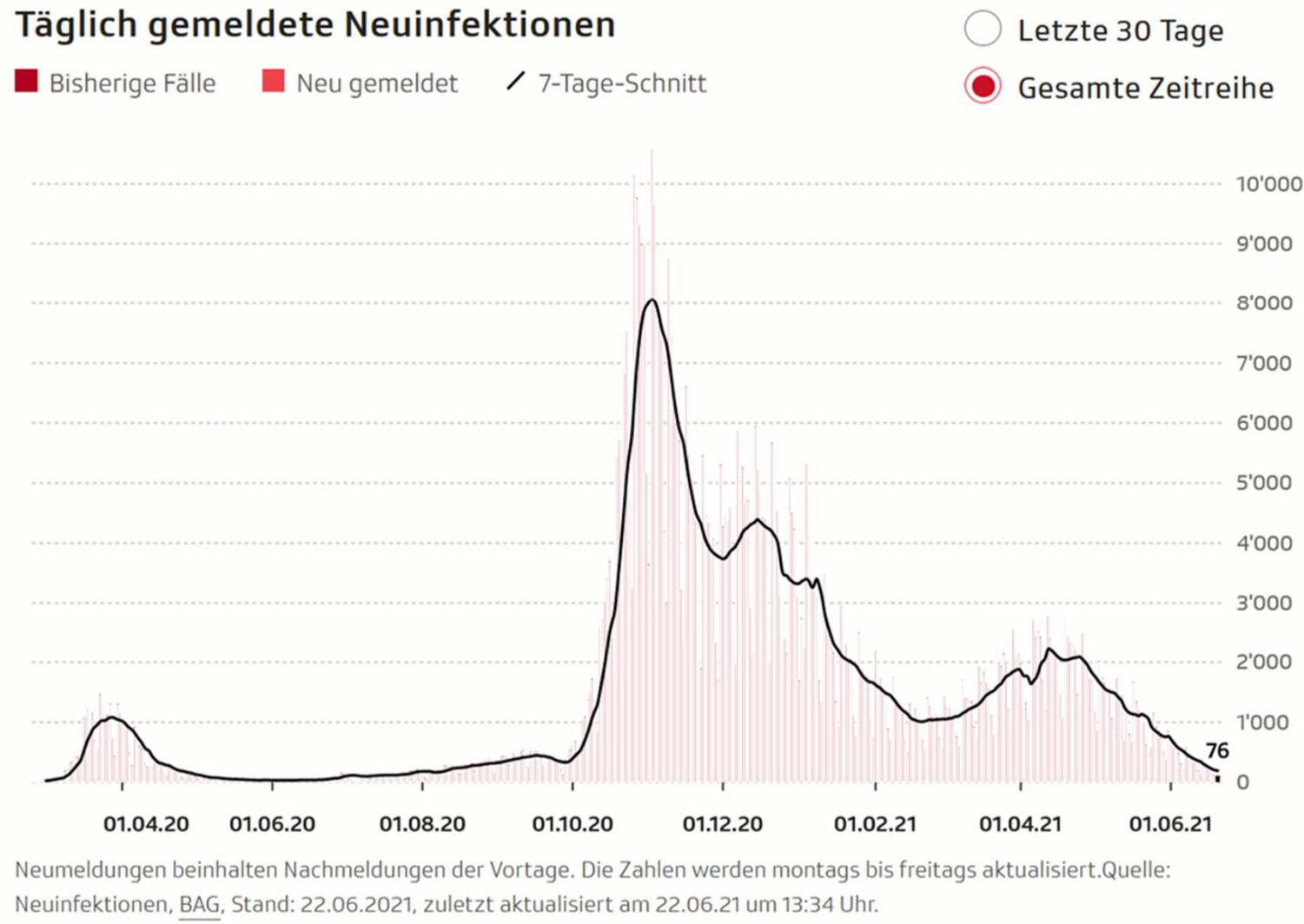
Es ist überhaupt unklar: Ist die SVP in einem Zwischenhoch – oder kann man von einer Trendwende sprechen? Ist der Abwärtstrend gestoppt? Blocher scheint nicht restlos davon überzeugt, dass seine Attacke auf die Städte verfehlt – er hofft, dass er den Evergreen «Partei bald wieder häufiger sehen kann»: «Das Zuwanderungsproblem wurde von der Panik in den Hintergründen gedrängt. Aber das Problem drängt sich wieder vor und wieder zum Thema.»

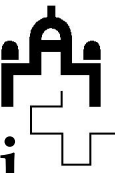


Christian Imark
SVP-Nationalrat



Die täglich gemeldeten Neuinfektionen finden sich auf einem Tiefststand



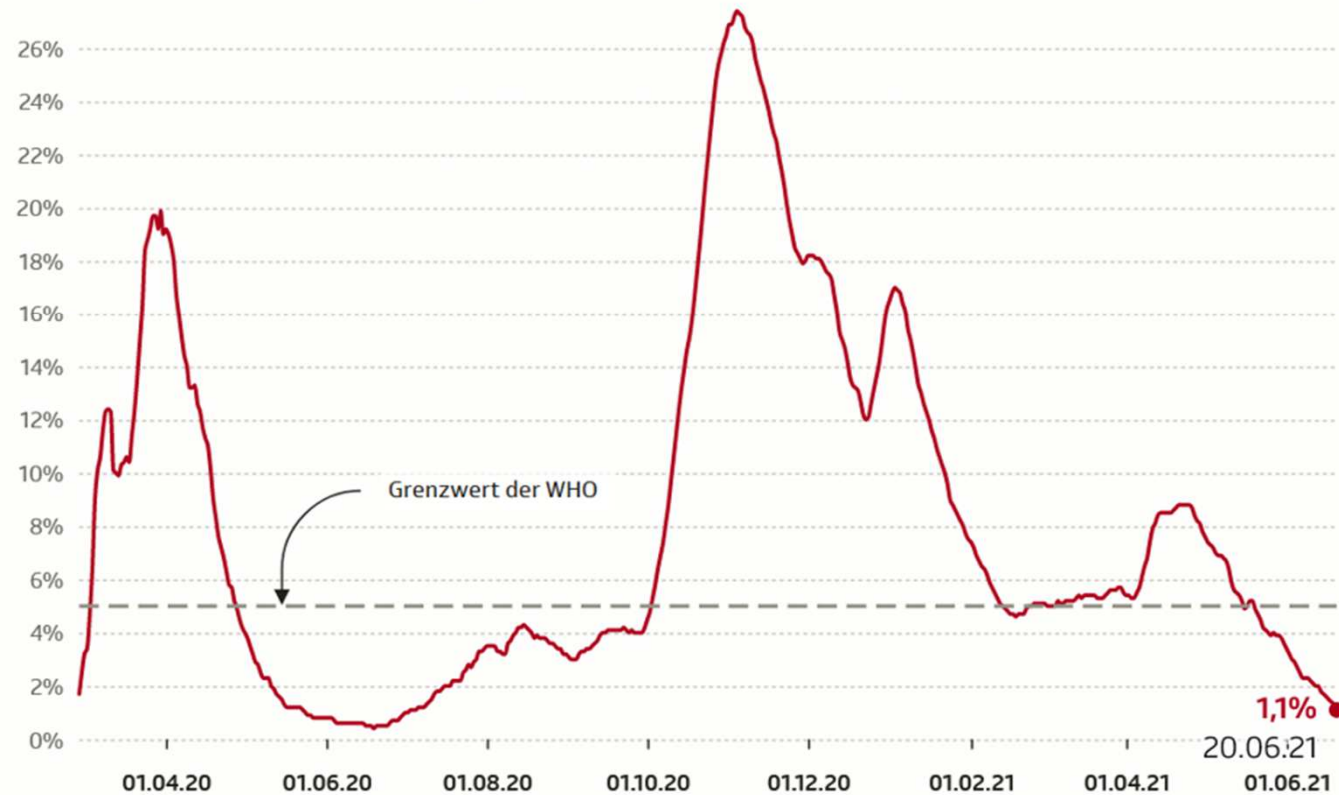


Der Anteil der positiven Tests (Positivitätsrate) liegt nur noch bei einem Prozent

So testet die Schweiz



Anteil der positiven Tests im 7-Tage-Schnitt

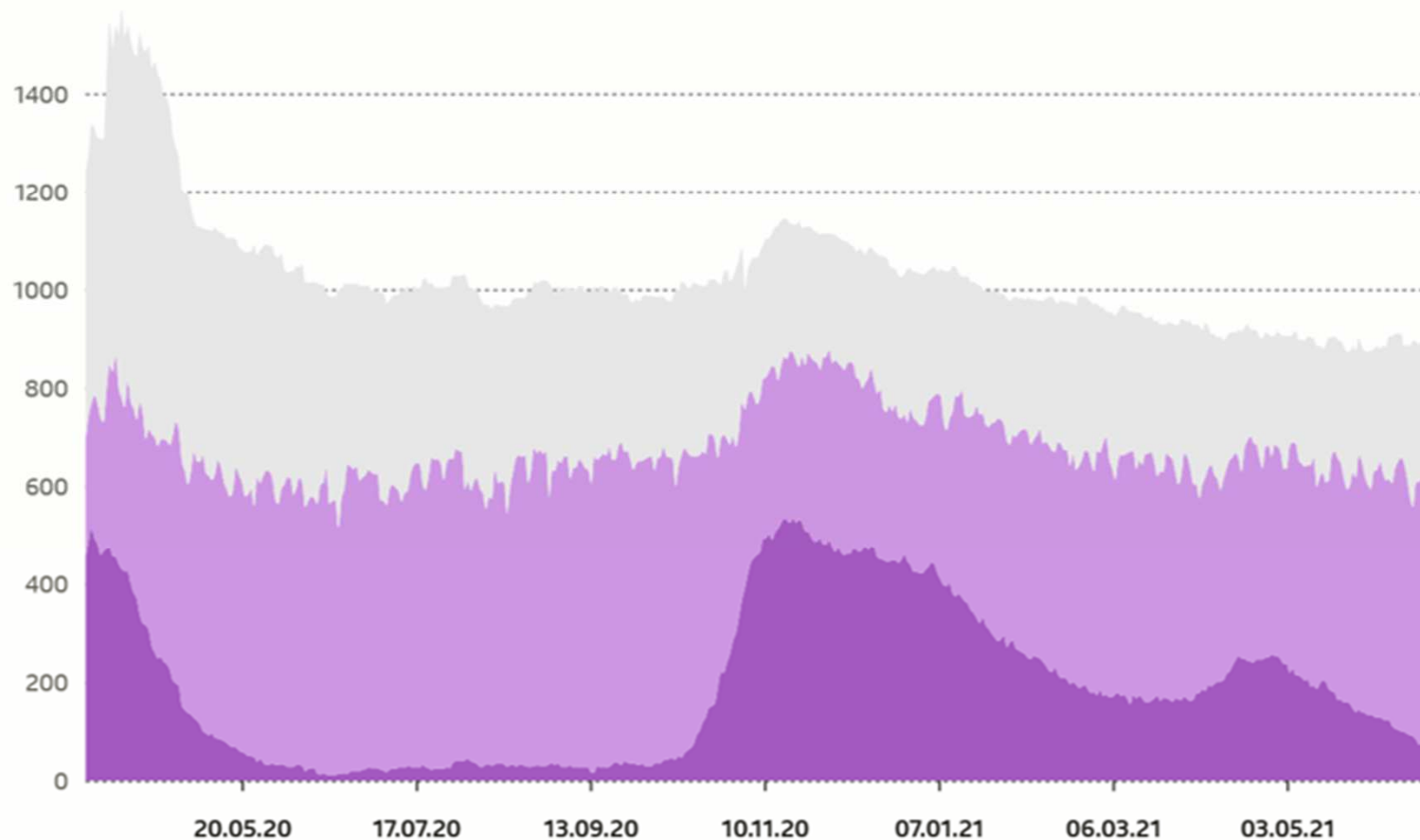


Hinweise: Seit 22.04.20 dürfen sich alle Personen mit Symptomen testen lassen. Seit 25.06.20 sind Tests gratis. Quellen: Positivrate, BAG, Stand: 22.06.2021, zuletzt aktualisiert am 22.06.21 um 13:34 Uhr.

Die Auslastung der IPS-Betten durch Covid19-Patienten liegt schweizweit bei unter 70 Personen

Auslastung Betten auf Intensivstationen

Freie Betten Non-Covid-19 Covid-19

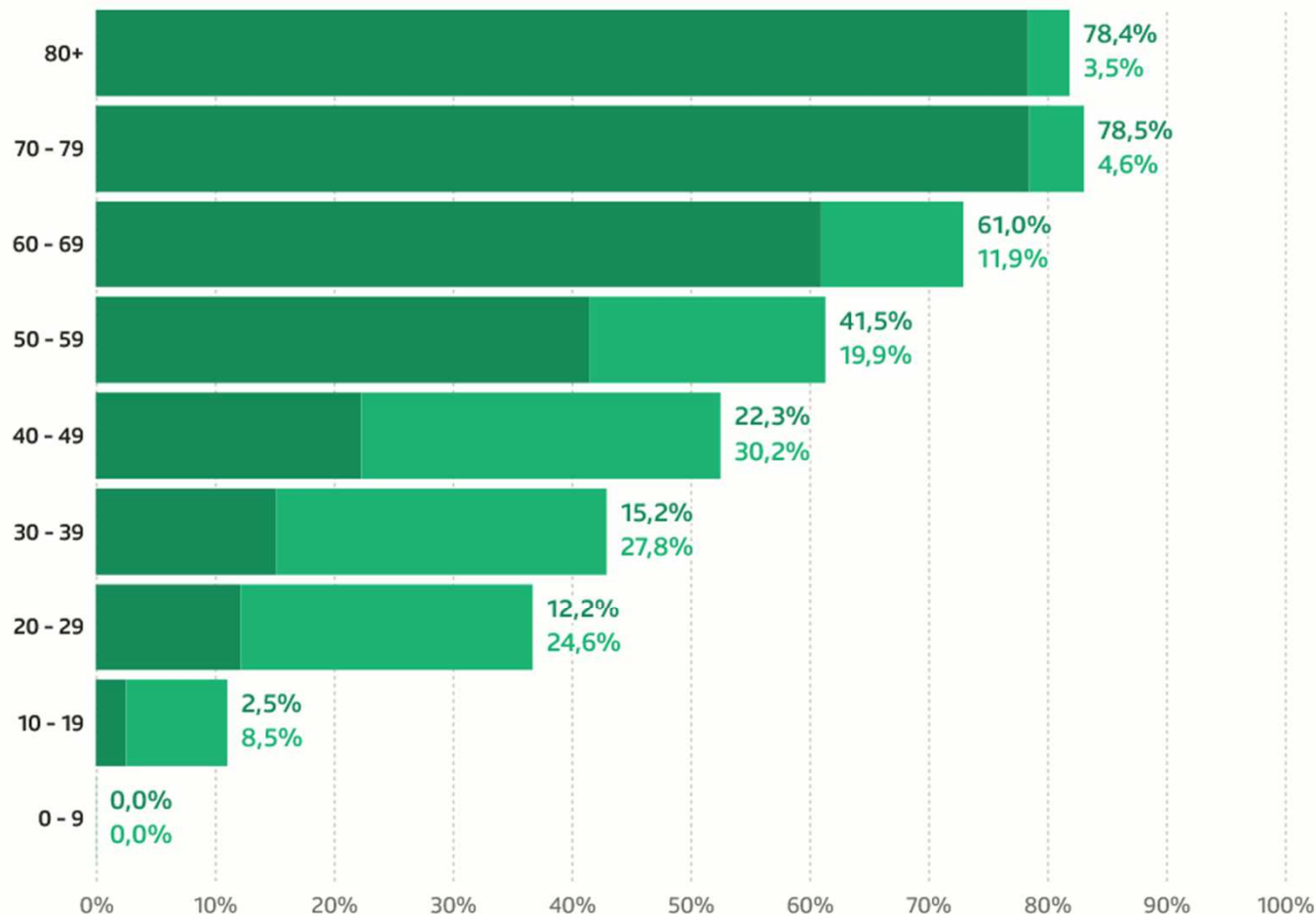


Quelle: IPS-Auslastung, BAG, Stand: 22.06.2021, zuletzt aktualisiert am 22.06.21 um 13:34 Uhr.

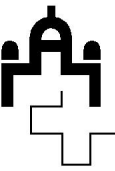
Von den Ü70-Jährigen sind mehr als drei Viertel geimpft

Impfungen nach Altersgruppen

Anteil der **vollständig** und **einfach** geimpften Personen nach Altersgruppen



Quellen: Impfungen, BAG, Stand: 20.06.2021, zuletzt aktualisiert am 22.06.21 um 13:34 Uhr.



Trotz der hohen Impfrate, will nur die SVP zur Normalität zurückkehren und die «besondere Lage» aufheben

Parlament will dem Bundesrat keine Macht wegnehmen

Die SVP verlangt, dass die Schweiz rechtlich zur Normalität zurückkehrt – sie steht damit im Nationalrat alleine da

LARISSA RHYN

Wann hat der Bundesrat schon einmal die Chance, bei der Bildung oder bei der Gesundheit den Tarif durchzugeben? Die Antwort ist einfach: fast nie. Denn diese Themen liegen im Hoheitsgebiet der Kantone, und die lassen sich ungern in ihre Entscheide hineinreden. Und wenn es doch Fragen gibt, die national geklärt werden müssen, bestimmt in der Regel das Parlament. Aber in der Pandemie ist das anders. Derzeit gilt die «besondere Lage» gemäss Epidemien-gesetz. Sie gibt dem Bundesrat mehr Macht – was der SVP längst nicht mehr passt. Sie fordert die Rückkehr zur normalen Lage.

Die Volkspartei gibt dem Anliegen viel Gewicht: Im Ständerat hat der Parteipräsident Marco Chiesa einen Vorstoss eingereicht, im Nationalrat war es Fraktionschef Thomas Aeschi. Ausserdem hat die SVP-Fraktion eigens eine «ausserordentliche Session» veranlasst.

Dafür muss sich ein Viertel der Ratsmitglieder zusammenschliessen und fordern, dass ein Geschäft früher als üblich auf die Agenda kommt. Am Mittwoch hat nun der Nationalrat als erste Kammer entschieden.

Kantone stark eingeschränkt

Da die SVP längst die Aufhebung aller Corona-Massnahmen gefordert hat, dürfte dies auch ihre Hauptmotivation für den Vorstoss sein. Bei seinem Votum im Nationalrat argumentierte Fraktionschef Aeschi allerdings primär institutionell: Die Schweiz sei an einem ganz anderen Punkt als zu Beginn der Krise. Die Menschen und die Institutionen hätten gelernt, mit dem Virus zu leben. Die Fallzahlen gingen zurück, und die Spitalbetten seien «weit davon entfernt», überlastet zu sein. Nun gelte es, die «Gewaltenteilung wiederherzustellen» und dem Parlament wieder zu erlauben, abschliessend zu entscheiden.

Doch im Grunde war es weniger das Parlament, das durch die besondere Lage eingeschränkt wurde – es waren vielmehr die Kantone. Während sich die beiden Räte unzählige Male mit dem Covid-19-Gesetz befasst haben und dieses stark selbst mitgestaltet haben, mussten die Kantone insbesondere in den letzten Monaten oft umsetzen, was der Bundesrat befahl. Sie konnten sich zwar jeweils im Vorfeld zu den geplanten Lockerungen oder Verschärfungen der Corona-Massnahmen äussern. Doch der Bundesrat entschied am Ende alleine – teilweise auch gegen den Willen der Mehrheit der Kantone.

Diese Möglichkeit will der Bundesrat auch weiterhin haben, und deshalb plädierte Alain Berset, der Vorsteher des Gesundheitsdepartements, für eine Ablehnung des Vorstosses. Ein Ja im Parlament hätte die Regierung stark unter Druck gesetzt. Denn Aeschi und Chiesa forderten ein sofortiges Ende der «besonderen Lage». Damit würde jedoch

die Covid-19-Verordnung ungültig werden. Darin sind beispielsweise die Quarantänenvorschriften, Details zu Schutzkonzepten für Restaurants und Veranstaltungen oder auch die nationale Maskenpflicht geregelt. Auf solche Regeln will der Bundesrat gemäss seinem aktuellen Öffnungsplan frühestens in der Normalisierungsphase verzichten. Diese beginnt dann, wenn alle, die das wollen, geimpft sind.

Schritt bei der Maskenpflicht

Bundesrat Alain Berset argumentierte im Nationalrat mit dem Drei-Phasen-Modell. Ein Ja zur SVP-Motion sei ein Nein zu diesem Modell. Der Bundesrat habe aufgezeigt, wie er die Massnahmen aufheben wolle – und der Plan sei «breit akzeptiert». Organisatoren von Grossveranstaltungen brauchten diese Sicherheit. «Der Bundesrat will so schnell wie möglich aus dieser Situation rauskommen», betonte Innenminister Berset.

Dies müsse zwar schnell, aber auch geordnet ablaufen.

Bei seinem jüngsten Vorschlag zur Lockerung der Corona-Massnahmen machte die Landesregierung einen kleinen Schritt auf die Kantone zu. Sie sollen wieder selbst über die Maskenpflicht an Gymnasien und Berufsschulen entscheiden können. Gegenwärtig gilt auf diesen Stufen eine schweizweite Maskenpflicht.

Im Nationalrat wurde die SVP-Motion deutlich abgelehnt, mit 127 zu 54 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Die Volkspartei fand nur einzelne freisinnige Unterstützer für ihr Anliegen. Im Ständerat gibt es einen gleichlautenden Vorstoss, der am Donnerstag an der Reihe ist. Dort dürfte es aufgrund der deutlichen Ablehnung in der Mitte- und der FDP-Fraktion auch nicht für ein Ja reichen. Dies, obwohl Ständeräte der Mitte und der FDP bereits letztes Jahr die Frage gestellt hatten, ob die «besondere Lage» noch nötig sei.

Nach einem weiteren Leck im Bundesrat ist unklar, für welchen Kampffjet sich der Bundesrat entscheiden wird

Viola Amherd beantragt den F-35 als neues Kampfflugzeug für die Schweizer Luftwaffe – und schon geht der Krach los

Kaum ist das Kampffjetgeschäft im Bundesrat, rinnen die Informationen aus den Departementen an die Medien. Bundesrat Ueli Maurer hat Bedenken, Ignazio Cassis offenbar europäische Flugzeuge. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee lacht sich Fäustchen.

Georg Häslar Sansano, Bern
21.06.2021, 16.50 Uhr



Dieser Kampfflieger sorgt für rote Köpfe. Die F-35 während eines Testfluges in der Schweiz. Foto: Peter Klautner/Keystone

Viola Amherd setzt wohl auf den Kampffjet F-35

Fliegerkauf Der Entscheid im Bundesrat steht unmittelbar bevor. Im Verteidigungsdepartement soll sich das umstrittene Flugzeug aus den USA durchsetzen.

Tarnkappen-Bomber im Anflug

Laut Medienberichten gewann der hochgezüchtete US-Jet F-35 die Evaluation klar – was macht jetzt der Bundesrat?

Henry Habegger

Die Hinweise verdichteten sich seit Ende letzter Woche. «Es ist offenbar der F-35», sagte eine Quelle am Donnerstag. «Die Spatzen pfeifen es von den Dächern».

Ein anderer Beobachter hatte erfahren, dass einer der Jets die Evaluation durch das Bundesamt für Rüstungswesen ganz klar für sich entschieden hatte. Auch diese Aussage deutete auf den einstrahligen US-Jet hin.



Der F-35 hat offenbar die Schnauze vorn. Bild: Peter Klautner/Keystone

Bundesrat mit einem Handelsabkommen mit den Amerikanern. Der Gesamtbundesrat kann sich über das Resultat der Evaluation hinwegsetzen und ein anderes Flugzeug wählen. Das letzte Wort über das Rüstungsprogramm hat das Bundesparlament.

Laut NZZ gibt es Widerstand aus dem Aussendepartement EDA von Bundesrat Ignazio Cassis (FDP) gegen den US-Jet. Das EDA wolle einen Europäer, um die EU nach dem Abbruch der institutionellen Verhandlungen milde zu stimmen. Auch das Verteidigungsdepartement von Ueli

Streitkräften mit, weil er panischer im Untertiefen sei. Das Triebwerk zeigt schleissersche Zeichen. Im Rennen sind noch der US-Hersteller Boeing mit dem Super Hornet, die Rafale des französischen Konzerns Dassault und der Eurofighter von Airbus.

Im Auswahlverfahren des Verteidigungsdepartements VBS habe die F-35 mit Abstand am besten abgeschnitten. **Finanziell wie auch technisch liegt der Tarnkappen-Jet deutlich vor den Konkurrenten.** Amherd habe nämlich keine andere Wahl, als dem Bundesrat den Kauf der F-35 zu beantragen.

Die F-35 ist der «höchste Kampfjet der Welt» – so wirbt

Dienstag, 22. Juni 2021 **Blick** 5



Die F-35 ist laut Hersteller Lockheed Martin der «höchste Kampfjet der Welt».

Amherd will den Tarnkappen-Jet!

Linke lanciert Initiative gegen US-Kampfflugzeug

Ein erster Entscheid soll bereits gefallen sein. Verteidigungsministerin Viola Amherd (SP) will für maximal sechs Milliarden Franken den US-Tarnkappen-Jet F-35 kaufen.

Morgen soll sie dem Gesamtbundesrat den entsprechenden Antrag stellen. Das berichten mehrere Medien. Im Rennen sind noch der US-Hersteller Boeing mit dem Super Hornet, die Rafale des französischen Konzerns Dassault und der Eurofighter von Airbus.

Im Auswahlverfahren des Verteidigungsdepartements VBS habe die F-35 mit Abstand am besten abgeschnitten. **Finanziell wie auch technisch liegt der Tarnkappen-Jet deutlich vor den Konkurrenten.** Amherd habe nämlich keine andere Wahl, als dem Bundesrat den Kauf der F-35 zu beantragen.

Die F-35 ist der «höchste Kampfjet der Welt» – so wirbt



Verteidigungsministerin Viola Amherd soll letztlich gar keine andere Wahl haben.

tenmachenden musste sie zum Beispiel Gewinner und Blitzer meiden. Weiter waren Gegner, dass die USA sicherheitsrelevante Daten einsehen, die Jets sogar fernsteuern könnten. Bewiesen wurde das nie.

Noch aber kann die F-35 nicht abgeben. Der Gesamt-

gehen deshalb davon aus, dass der definitive Entscheid erst kommende Woche fallen wird.

Kommt hinzu: Gerade gegen die US-Jets ist der Widerstand nach wie vor gross. Im Mai haben SP, Grüne und die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) eine Volksinitiative angekündigt, mit der ein amerikanisches Modell verhindert werden soll. Die Linke stört sich vorwiegend am umstrittenen Datenschutzes.

Sie lasse schon mal die Druckpresse für die Unterschriftenbogen warmlaufen, kündigt die GSoA an. Bisher zeigte sich Amherd von den Druckrechnungen aber wenig beeindruckt. Eine Initiative könnte jedoch zumindest den Zeitplan des VBS gefährden. Der erste neue Jet soll in sechs Jahren aufsteigen. Aber auch aus den eigenen Reihen hat Amherd mit Widerstand zu kämpfen. Ausge-

Nach der Ablehnung der «Altersvorsorge 2020» mit einem Nein-Stimmenanteil von 53%, folgt eine abgespeckte Version

- Die AHV soll mittelfristig aus ihrer finanziellen Schieflage geführt werden. Hierfür soll das Rentenalter für Frauen demjenigen der Männer angeglichen und die Mehrwertsteuer um 0.4% erhöht werden.
- Die SVP erreicht, dass zusätzlich die Bruttoerträge aus den Negativzinsen der Schweizerischen Nationalbank neu der AHV zu Gute kommen sollen.

AHV-Zuschlag soll Frauen milde stimmen

Das Parlament erhöht das Frauenrentenalter. Noch ist unklar, wie stark die Erhöhung finanziell abgedeckt wird. Entscheidend ist die Mitte.

Doris Kleck

1 **Weshalb braucht es eine AHV-Reform?**
Bei der AHV klappt ein Loch in der Kasse. Bis 2030 benötigt die AHV rund 26 Milliarden Franken zusätzlich.

2 **Wie will der Nationalrat die AHV stabilisieren?**
Mit der Angleichung des Frauenrentenalters spart die AHV 1,4 Milliarden Franken pro Jahr. Doch das wichtigste Sozialwerk soll auch mehr Geld erhalten. Der Nationalrat will die Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent erhöhen, das spült 1,4 Milliarden Franken in die AHV-Kasse. Der Ständerat wollte bislang nur 0,3 Prozent rauf.

3 **Der Nationalrat will Nationalbankgelder in die AHV stecken. Wird damit die Reform überflüssig?**
Nein. Die grosse Kammer will, dass die Nationalbank die Bruttoerträge aus den Negativzinsen in die AHV einschiess. Das wären derzeit jährlich ein bis zwei Milliarden Franken. Zudem soll die SNB eine Einmalzahlung an den AHV-Fonds von 12 bis 15 Milliarden Franken leisten – mit den Bruttoerträgen aus den Negativzinsen seit 2015. SVP und Linke setzen sich mit diesem Vorschlag durch. Allerdings wäre es ein kleines Wunder, wenn der Ständerat dieser Idee ebenfalls zustimmen würde. Denn just gestern hat die kleine Kammer eine ähnliche Motion deutlich abgelehnt.

4 **Wann wird das Frauenrentenalter erhöht?**
Geplant ist, dass der erste Erhöhungsschritt ein Jahr nach Inkrafttreten der Reform erfolgt. Die Volksabstimmung wird wohl



Das Parlament will, dass Frauen bis 65 Jahre arbeiten. Bild: Gailan Babykovskaya (Hurtwi, 17. März 2022)

2022 stattfinden, die Reform tritt frühestens 2023 in Kraft – sofern das Volk Ja sagt. Der erste Erhöhungsschritt würde damit 2024 erfolgen. Das heisst, Frauen mit

Jahrgang 1960 müssten drei Monate länger arbeiten.

5 **Frauen müssen länger arbeiten. Was bekommen**

sie dafür?
Das ist die grosse Streitfrage! Denn davon hängt ab, ob das höhere Frauenrentenalter an der Urne mehrheitsfähig sein wird.

Der Nationalrat will Frauen mit tiefen Einkommen besserstellen. Dafür vorgesehen sind vier Milliarden Franken bis 2031. Anders ausgedrückt: 40 Prozent der Einsparungen, die aus der Erhöhung des Rentenalters resultieren, werden einer Übergangsgeneration von sechs Jahrgängen zurückgegeben. Das Ausgleichsmodell hat zwei Pfeiler. Erstens sollen Frauen immer noch vorzeitig in Pension gehen können, ohne dass ihre Rente stark gekürzt wird. Zweitens ist ein Rentenschlag vorgesehen. Bis zu einem Einkommen von 57360 Franken erhalten die Frauen 150 Franken pro Monat, bis 71700 beträgt der Zuschlag 100 Franken und für alle anderen 50 Franken. Dieses Modell setzte sich gegen das Trapezmodell des Ständerates durch.

6 **Was ist das Trapezmodell?**
Auch das Modell des Ständerates sieht einen Rentenbonus für Frauen vor. Die Übergangsgeneration von neun Jahrgängen soll einen Zuschuss von maximal 150 Franken pro Monat erhalten – abhängig vom Zeitpunkt der Pensionierung soll der Zuschlag zuerst ansteigen, dann stabil bleiben und am Ende wieder sinken. Der Ständerat hatte 2,2 Milliarden Franken eingesetzt – zu wenig, findet mittlerweile aber auch die Mitte-Partei.

7 **Wie geht es jetzt weiter?**
Nun ist wieder der Ständerat am Zug. Dort wird die Mitte-Fraktion die entscheidende Rolle spielen. Schon jetzt ist klar, dass sich die ehemalige CVP für höhere Ausgleichsmassnahmen einsetzen will als noch im Frühjahr. Die Mitte wägt Pläne, das Nationalratsmodell und das Trapezmodell zu kombinieren. Diese Kombination soll im Ständerat

vertieft geprüft werden. Ziel ist es, dass mehr Jahrgänge von den Rentenzuschlägen profitieren als im Nationalratsmodell, die Kompensationsmassnahmen aber weiterhin etwa vier Milliarden Franken kosten.

8 **Wie verlief die Debatte?**
Entlang der gewohnten Linie. Mitte-rechts hält die Reform aufgrund der finanziellen Lage der AHV für nötig. Die Linke wehrt sich mit aller Kraft gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters. SP und Grüne argumentieren, dass Frauen tiefere Renten haben als Männer, wegen Lohndiskriminierung weniger verdienen und mehr Freiwilligen- und Betreuungsrbeit leisten.

9 **Stimmt es, dass Frauen tiefere Renten erhalten?**
Ja, aber nur, wenn man die Renten aus AHV und der beruflichen Vorsorge (BVG) gemeinsam betrachtet. Bei der AHV erhalten Frauen und Männer fast die gleich hohe Rente. In der zweiten Säule haben Frauen im Durchschnitt aber nur ein halb so hohe Rente. Das ist nicht erstaunlich: Frauen arbeiten öfter Teilzeit als Männer. Wegen des Koordinationsabzugs ist Teilzeitarbeit zudem schlecht versichert. Mit der BVG-Reform soll die Rentensituation der Frauen verbessert werden. Sie wird derzeit in der Sozialkommission des Nationalrates beraten.

10 **Sind Frühpensionierungen noch möglich?**
Ja, aber sie wird für Frauen eingeschränkt. Der Rentenvorbezug ist nur noch ab 63 Jahren möglich für Mann und Frau. Bei den Frauen liegt heute die Schwelle bei 62 Jahren. Der Bundesrat wollte der Rentenverbesserung auch Männern ab 62 Jahren ermöglichen.

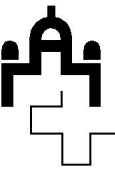
Die SVP lehnt es ab, die Schweizer Medien mit dem süssen Gift von Millionensubventionen vom Staat abhängig machen

- National- und Ständerat weiten die «Medienförderung» und somit die staatliche Einflussnahme sowohl im Bereich der Zeitungen als auch neu im Bereich der Online-Medien massiv aus.
- Die Mitte-Links-Parteien wollen, dass neu auch Online-Medien mit jährlich 30 Millionen Franken gefördert werden. Insgesamt fliessen dadurch 120 Millionen Franken zusätzlich in die Medienförderung. Gleichzeitig scheitert der Versuch, den Staatssender SRG bei seinem Online-Angebot zurückzubinden, um so die gegenüber den privaten Online-Medien unfaire Wettbewerbssituation zu korrigieren.



Aufgrund der neuen Gesetze würden die Schweizer Medien *Jahr für Jahr* wie folgt subventioniert werden:

Medien-Bereich	Subventionen in Mio. Franken		
	Best.	neu	total
▪ Verbilligung Transporttaxen Tages-/Wochenzeitungen	30	+ 20	50
▪ Verbilligung Transporttaxen Mitgliedschafts-/Stiftungspresse	20	+ 10	30
▪ Verbilligung Früh- u. Sonntagszustellung Tages-/Wochenzeitungen	0	+ 40	40
▪ Aus-/Weiterbildung, Presserat, Nachrichtenagenturen, Verlags-IT	3	+ 25	28
▪ <u>Online-Medien: Der Bund vergütet Verlagen 60 % der Abo-Einnahmen</u>	0	+ 30	30
Total neue Mediensubventionen	53	+ 125	178
Bestehende Subventionen aus Gebührensplitting für Radio- und TV-Stationen			81
Total direkte und indirekte Medien-Subventionen pro Jahr			259



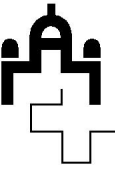
Migration als Menschenrecht: Mit dem sog. «Migrationspakt» will die UNO die globale Personenfreizügigkeit einführen

Worum es geht

Position der SVP

Ergebnis in den Räten

- Die finanziellen und anderweitigen Forderungen, welche Migranten nach diesem UNO-Pakt neu an den Bund, die Kantone und die Gemeinden stellen können, beunruhigt viele. Internationale Organisationen versuchen immer mehr, direkt Leistungsansprüche gegenüber der Schweiz geltend zu machen, ohne dass Volk und Parlament gefragt werden.
- Dies tun sie mit Beschlüssen, welche durch intransparente Gremien verabschiedet werden. Basierend auf «Soft Law» entsteht eine Anspruchshaltung, welche vor internationalen Gerichten eingeklagt werden kann, ohne dass die Schweiz diesen Ansprüchen zugestimmt hätte. Eine Subkommission soll deshalb zuerst die «Soft Law»-Problematik analysieren.
- Der UNO-Migrationspakt würde zu einer Personenfreizügigkeit für Wirtschaftsmigranten führen, denn diese könnten durch den Pakt einfacher in die Schweiz gelangen und hier mehr Leistungen vom Steuerzahler erzwingen.
- Die SVP lehnt den UNO-Migrationspakt entschieden ab.
- Einstimmig beschliesst der Ständerat, die Beratung des UNO-Migrationspaktes bis Ende Jahr zu sistieren.



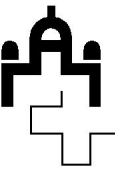
Künftig müssen Parteien, Abstimmungskomitees, National- und Ständeräte ihre Zuwendungen über 15'000 Franken offen legen

Worum es geht

- Die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien müssen einmal im Jahr ihre Einnahmen sowie Zuwendungen im Wert von mehr als 15'000 Franken pro Person und Jahr offenlegen.
- Natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die im Hinblick auf eine Wahl in den Nationalrat oder auf eine eidgenössische Abstimmung eine Kampagne führen, haben deren Finanzierung offenzulegen, wenn sie mehr als 50'000 Franken aufwenden.
- Eine Offenlegungspflicht soll auch für natürliche und juristische Personen gelten, die eine Wahl- oder Abstimmungskampagne führen. Der Schwellenwert für Aufwendungen soll bei 50'000 Franken liegen.
- Offengelegt werden müssten insbesondere die Schlussrechnung über die Einnahmen und Zuwendungen über 15'000 Franken pro Person und Jahr.
- Die SVP lehnt die Vorlage ab, denn durch den Schutz der finanziellen Privatsphäre wird die staatliche Parteienfinanzierung vermieden und das Milizsystem gestärkt.
- Künftig müssen sich sowohl die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien sowie die Mitglieder des Nationalrats als auch des Ständerats an die neuen Transparenzregeln bei der Politikfinanzierung halten.

Position der SVP

Ergebnis in den Räten



In Zukunft sollen die Stimmbürger 45 Tage vor einer Wahl oder Abstimmung über die Kampagnenbudgets informiert werden

Art. 76c Offenlegungspflicht bei Wahl- und Abstimmungskampagnen

¹ Natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die im Hinblick auf eine Wahl in den Nationalrat oder auf eine eidgenössische Abstimmung eine Kampagne führen, haben deren Finanzierung offenzulegen, wenn sie mehr als 50 000 Franken aufwenden.

² Sie erfüllen diese Pflicht, indem sie der zuständigen Stelle Folgendes offenlegen:

- a. die budgetierten Einnahmen und die Schlussrechnung über die Einnahmen;
- b. monetäre und nichtmonetäre Zuwendungen, die in den letzten 12 Monaten vor der Abstimmung oder Wahl erfolgten und den Wert von 15 000 Franken pro Zuwenderin beziehungsweise Zuwender und Kampagne überschreiten.

³ Natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die für die Wahl eines Mitglieds des Ständerates eine Kampagne geführt und dafür mehr als 50 000 Franken aufgewendet haben, müssen die Schlussrechnung über die Einnahmen sowie die monetären und nichtmonetären Zuwendungen im Sinne von Absatz 2 Buchstabe b offenlegen.

⁴ Führen mehrere Personen oder Personengesellschaften eine gemeinsame Kampagne, so müssen sie die budgetierten Einnahmen und die Schlussrechnung über die Einnahmen beziehungsweise bei Wahlen in den Ständerat nur die Schlussrechnung über die Einnahmen gemeinsam einreichen. Die ihnen gewährten monetären und nichtmonetären Zuwendungen und ihre Aufwendungen sind zusammenzurechnen. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Art. 76d Fristen und Modalitäten der Offenlegungspflicht

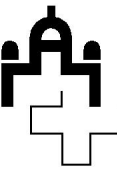
¹ Einzureichen sind:

- a. die Angaben nach Artikel 76b jährlich;
- b. bei Abstimmungen und Wahlen in den Nationalrat die budgetierten Einnahmen 45 Tage vor und die Schlussrechnung über die Einnahmen sowie monetäre und nicht monetäre Zuwendungen im Sinne von Artikel 76c Absatz 2 Buchstabe b 60 Tage nach der Abstimmung oder Wahl;
- c. bei Wahlen in den Ständerat die Schlussrechnung über die Einnahmen sowie monetäre und nichtmonetäre Zuwendungen im Sinne von Artikel 76c Absatz 2 Buchstabe b 30 Tage nach Amtsantritt.

² Zwischen dem Ende der Einreichungsfrist für die budgetierten Einnahmen und der Wahl oder Abstimmung sind monetäre und nichtmonetäre Zuwendungen nach Artikel 76c Absatz 2 Buchstabe b der zuständigen Stelle unverzüglich zu melden.

³ Bei den budgetierten Einnahmen und in der Schlussrechnung über die Einnahmen sind die monetären und nichtmonetären Zuwendungen separat auszuweisen.

⁴ Bei der Meldung der monetären und nichtmonetären Zuwendungen im Wert von mehr als 15 000 Franken sind der Wert und das Datum der Zuwendung sowie der Name, der Vorname und die Wohnsitzgemeinde oder die Firma und der Sitz der Urheberin oder des Urhebers der Zuwendung anzugeben.

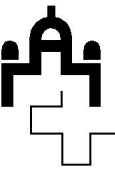


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/8): Wirtschafts-, Finanz- und Landwirtschaftspolitik

**Steuerliche
Entlastung für
familienexterne
Kinderbetreuung
von bis zu 25'000
Franken pro Kind
und Jahr**

**Verlängerung des
Gentech-
Moratoriums**

- Das Parlament spricht sich für deutlich höhere Abzüge bei den Steuern für die familienexterne Kinderbetreuung aus. Eine gleichzeitige Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs lehnt es ab.
- Im September 2020 hatte das Stimmvolk die Erhöhung der Kinderabzüge an der Urne mit rund 63 Prozent abgelehnt.
- Trotzdem möchte das Parlament kurz darauf das Gesetz dahingehend ändern, dass für die familienexterne Kinderbetreuung von Kind und Jahr bis zu 25'000 Franken abgezogen werden können, maximal aber die effektiven Betreuungskosten.
- Marcel Dettling (SVP/SZ) bezeichnete die Vorlage so kurz nach der Abstimmung als „Zwängerei“. Derweil versuchte Thomas Aeschi (SVP/ZG) den allgemeinen Kinderabzug zu erhöhen, von heute 6500 auf 8250 Franken, was der Rat aber mit 104 zu 79 Stimmen bei drei Enthaltungen ablehnte.
- Seit 2005 ist das Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Organismen (GVO) zu landwirtschaftlichen Zwecken in der Schweiz wegen eines Moratoriums verboten. In Anbetracht des andauernden Klärungsbedarfs in Bezug auf den Gesetzesvollzug hinsichtlich Chancen und Risiken, möchte der Nationalrat das Moratorium bis 2024 verlängern. Die Freiheit von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) ist ein wichtiges Element für die Positionierung der Schweizer Lebensmittel im Markt. Die Konsumenten wollen gesunde, regionale und saisongerechte Lebensmittel von den lokalen Produzenten beziehen. Die Verlängerung des Moratoriums untermauert dieses Anliegen.



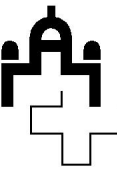
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/8): Wirtschafts-, Finanz- und Landwirtschaftspolitik

**Emissions-
abgabe wird
abgeschafft**

- Die Räte beschliessen, die Emissionsabgabe abzuschaffen (09.503). Mit dieser Abschaffung wird das Eigenkapital, welches ein Unternehmer braucht, um eine Firma zu gründen, nicht mehr besteuert. Damit wird die steuerliche Bestrafung der Investitionstätigkeit eines Unternehmers aufgehoben. Eine solche «Strafsteuer» auf die Schaffung von Eigenkapital ist weltweit einzigartig und stellt einen bedeutenden Wettbewerbsnachteil für den Schweizer Finanzplatz dar. Diese Abschaffung ist ebenfalls im Kontext eines erhöhten Drucks aus dem Ausland zu sehen. Die OECD wird einen Mindeststeuersatz für Unternehmen einführen, welchen den Produktionsstandort Schweiz unter Druck setzen wird. Um eine Abwanderung von Firmen aus der Schweiz zuvorzukommen, müssen andere Standortvorteile geschaffen werden. Dabei ist Abschaffung der Emissionsabgabe Teil der Stärkung des Produktionsstandorts Schweiz.

**Bund darf
Druckaufträge
weiterhin auch
ins Ausland
vergeben**

- alt SVP-Nationalrat Felix Müri (LU) wollte den Bundesrat 2017 mit einer Motion beauftragen, dafür zu sorgen, dass bei der öffentlichen Vergabe von Druckaufträgen durch das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) und die Bundesbetriebe nur Schweizer Unternehmen berücksichtigt werden. Eine Mehrheit der vorberatenden Kommission beantragte, dem Bundesrat zu folgen. Die SVP-Fraktion war mit diesem Antrag jedoch nicht einverstanden. SVP-Nationalrat Thomas Burgherr (AG) erklärte, die Abschreibung der Motion sei nicht zulässig, da der Nationalrat 2018 der Motion zugestimmt habe und das Anliegen nicht erfüllt sei. Die Mehrheit stimmte jedoch trotzdem für Abschreiben.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/8): Ausländer- und Entwicklungspolitik

**Mehr
Landesverweise
für kriminelle
Ausländer**

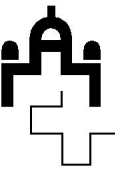
- Der Nationalrat unterstützt eine Motion der Staatspolitischen Kommission (21.3009), damit die vom Volk angenommene SVP-Initiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer» korrekt umgesetzt wird. Dabei sollen kriminelle Ausländer, welche zu weniger als 6 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt werden, ebenfalls ausgeschafft werden können. Auch eine vom Steuerzahler berappte Verteidigung soll dem Delinquenten nicht automatisch zur Verfügung stehen, wenn ein Landesverweis droht. Und die Anwendung der Härtefallklausel soll verschärft werden.

**Verbesserter
Herkunfts-
nachweis bei
Asylsuchenden**

- Der Nationalrat macht einen Schritt vorwärts in Fragen der Klärung der Herkunft von Asylsuchenden. Falls die Asylsuchenden ihre Herkunft verschleiern, können nach dem Willen des Nationalrats die Behörden die Herausgabe von Mobiltelefonen und Computer von Asylsuchenden als letztes Mittel erwirken. Dahingehend soll das Asylgesetz geändert und die Identität der Asylsuchenden einfacher festgestellt werden. Trotz dieser kleinen Verbesserung wurden zahlreiche Verschärfungsanträge der SVP durch die anderen Parteien abgelehnt.

**Rolle für die
Privatwirtschaft
in der
Entwicklungshilfe**

- Mit Unterstützung der SVP stimmt der Nationalrat einer Motion der Aussenpolitischen Kommission (20.4335) zu. Diese fordert, dass der Privatsektor Anreize erhält, sich in den am wenigsten entwickelten Ländern zu engagieren. Der Bund soll dabei mit Akteuren der Privatwirtschaft vermehrt gemeinsame Projekte durchführen, auch mit dem Ziel, die Bundeskasse zu entlasten. Linksrün lehnt den Vorstoss ab, weil damit eine Einnahmequelle der stark subventionierten Nichtregierungsorganisationen versiegen könnte.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/8): Sicherheitspolitik

DNA-Profil-Gesetz

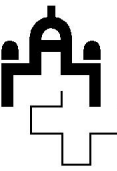
- Die Mehrheit des Nationalrats setzte sich gegen Linksgrün bei der Änderung des DNA-Profil-Gesetzes durch. Diese gesetzlichen Änderungen werden es erlauben, äusserliche Merkmale (Augen, Haar- und Hautfarbe sowie Herkunftskontinent und Alter) von Straftätern auf Grund von zurückgelassener DNA am Tatort zu eruieren. Mittels dieser zusätzlichen Merkmale wird die Identifizierung von Tätern vereinfacht. Bis zum Schluss hat Linksgrün versucht das Gesetz abzuschwächen.

Für einen zeitgemässen Sold für Armeeangehörige

- Der Sold für Militärdienstleistende wurde letztmals 1987 angepasst. Während jegliche Leistungen und Güter in den vergangenen Jahrzehnten teurer wurden, verharrte der Sold eines Soldaten unverändert auf 5 Franken pro Tag. Dies reicht kaum für einen Kaffee oder ein Bier. Eine Mehrheit des Nationalrates unterstützt deshalb das Begehren eine Kaufkraftanpassung des Solds in Angriff zu nehmen, um eine erhöhte Wertschätzung gegenüber den Armeeangehörigen zum Ausdruck zu bringen.

Prümer Abkommen und Abkommen Schweiz-USA

- Der Ständerat unterstützt einstimmig den Prümer Vertrag, das Eurodac-Protokoll und ein Abkommen mit den USA. Der Prümer Vertrag ist ein Abkommen unter Mitgliedstaaten der EU, das den Informationsaustausch verbessern soll, um Kriminalität effizienter zu bekämpfen. Das Abkommen ist keine Schengen-Erweiterung und entsprechend steht es der Schweiz frei, beizutreten. Damit sollen künftig Fingerabdrücke und DNA-Profile von Asylsuchenden oder Kriminellen einfacher ausgetauscht werden können.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/8): Sozial- und Gesundheitspolitik

Nein zum Export von Kinderrenten

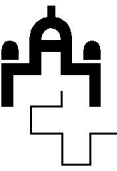
- Ein AHV-Rentner, welcher betreuungspflichtige Kinder hat, bekommt zusätzliche Gelder hierfür. Die Höhe von diesen Kinderrenten hängt von der Kaufkraft der Schweiz ab. Unabhängig vom Wohnort dieser Kinder bleiben die Kinderrenten gleich hoch, obwohl Kinder beispielsweise in Rumänien viel günstiger wohnen als in der Schweiz. Nur die SVP tritt im Parlament für eine Korrektur dieses Missstandes ein (20.412).

Nein zur Forschungsstopp- Initiative

- Die Initiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» verlangt ein bedingungsloses Verbot von Tier- und Menschenversuchen. In der Verfassung sollen Tierversuche als Quälerei und Verbrechen eingestuft werden. Bestehende oder neue Produkte, für die Tierversuche durchgeführt werden müssten, dürften weder gehandelt noch ein- oder ausgeführt werden. Die Umsetzung der Initiative würde sich negativ auf die Gesundheit, die Wirtschaft und den Forschungsplatz Schweiz auswirken, In der Folge beschlossen beide Räte einstimmig die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Gebühr für Bagatellfälle im Spital-Notfall

- Der Ständerat erteilt den Auftrag für eine Gesetzesvorlage, um die Zahl der Bagatellfälle in der Notfallaufnahme zu reduzieren. Die Zahl der Konsultationen in Spital-Notfallaufnahmen sind in Vergangenheit stark gestiegen. Viele Fälle entpuppten sich als Bagatellfälle. Das führt zu unnötig hohen Kosten. Im Ambulatorium eines Spitals koste eine Konsultation mehr als doppelt so viel wie in einer Arztpraxis. Die Räte haben der Initiative schlussendlich Folge gegeben, womit Kranke, die bei Bagatellfällen eine Notfallstation im Spital aufsuchen, künftig eine Notfallgebühr bezahlen sollen. Im Raum steht eine Gebühr von 50 Franken.



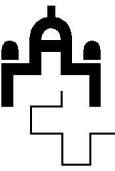
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/8): Sozial- und Gesundheitspolitik

Kosten- dämpfung – Paket 1

- Seit der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung 1996 bis 2017 stiegen die Bruttokosten zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) von 12 auf 32 Milliarden Franken. Damit haben sich die Kosten innert 20 Jahren fast verdreifacht.
- Um den weiteren Anstieg der Gesundheitskosten und den dadurch verursachten stetigen Anstieg der Versicherungsprämien für die obligatorischen Krankenversicherung zu bremsen, beschloss das Parlament nun den ersten Teil eines weiteren Massnahmenpakets. Neu sollen innovative, kostendämpfende Pilotprojekte zur Entlastung der Prämienzahler getestet werden können, die von den gesetzlichen Regeln abweichen. Eine weitere Massnahme ist die Einführung von landesweit einheitlichen Tarifstrukturen für ambulante Pauschaltarife sowie eine verbesserte Rechnungskontrolle, indem Leistungserbringer den Patienten eine künftig eine Rechnungskopie zustellen müssen, sofern diese von der Krankenkasse direkt bezahlt wurde.

«Organspende fördern - Leben retten»

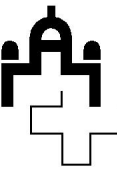
- Eine hauchdünne Mehrheit des Nationalrats sprach sich für die Volksinitiative «Organspende fördern - Leben retten» aus. Diese würde bei einem Todesfall die vermutete Zustimmung zur Organspende des Verstorbenen in der Verfassung verankern. Gleichzeitig verlangte eine Mehrheit des Nationalrats die Annahme des bundesrätlichen Gegenvorschlags. Dieser Gegenvorschlag würde die Spendenbereitschaft in einem Organ- und Gewebespenderegister vermerken. Personen könnten darin ihren Widerspruch zur Entnahme von Organen, Geweben oder Zellen eintragen lassen. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/8): Sozial- und Gesundheitspolitik

Für eine starke Pflege

- Der Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer fordert mit der Volksinitiative "Für eine starke Pflege" mehr Pflegepersonal und die Sicherung der Qualität in der Pflege und möchte das in die Verfassung schreiben. Die verlangte Kompetenz für Pflegenden, Leistungen eigenständig mit den Krankenkassen abzurechnen, hätte eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen zur Folge.
- Die Mehrheit der eidgenössischen Räte hat jedoch Verständnis für die Anliegen der Pflegenden und möchte die Situation mit Hilfe eines indirekten Gegenvorschlages und auf Gesetzesstufe verbessern. Dieser tritt in Kraft, sobald die Volksinitiative abgelehnt oder zurückgezogen wird. Gemäss dem Gegenvorschlag müssen die Verbände der Pflegenden und der Versicherer gesamtschweizerisch geltende Verträge abschliessen. Mit diesem Instrument soll die mengenmässige Entwicklung der Pflegeleistungen, die ohne ärztliche Anordnung erbracht werden, überwacht und die Kostenfolge somit im Griff behalten werden. Ausserdem fördert der Bund die Ausbildungsoffensive in der Pflege mit 469 Millionen Franken.
- Vor diesem Hintergrund empfehlen sowohl die eidgenössischen Räte als auch der Bundesrat die Volksinitiative zur Ablehnung.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/8): Verkehrspolitik

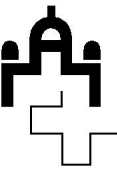
**«Subventions-
boost» für den
öffentlichen
Verkehr**

- Entgegenen des Willens der SVP heisst der Nationalrat zwei Vorstösse gut, mit denen der öffentliche Verkehr und der Schienengüterverkehr unter dem Vorwand der Corona-Pandemie auch im Jahr 2021 mit zusätzlichen finanziellen Mitteln unterstützt werden soll. Ob öffentlicher Verkehr oder Güterverkehr, die Mitte und die Linken wollen die Aufstockung der Bundesausgaben zementieren. Die SVP lehnt diese Aufstockung angesichts der milliardenhohen Neuverschuldung ab.

**Keine Gotthard-
Maut für
Ausländer**

- Eine SVP-Forderung, dass im Ausland immatrikulierte Autos eine Gebühr für die Benützung des Gotthardtunnels bezahlen sollen, wird vom Nationalrat nicht unterstützt. Obwohl es nicht nachvollziehbar ist, wieso die Schweiz eine der effizientesten Strasseninfrastrukturen zwischen Nord- und Südeuropa Ausländern gratis zur Verfügung stellt, hat nur die SVP die Vorlage unterstützt. Anscheinend ist Linksgrün der Auffassung, dass die Schweizer die Infrastruktur für Ausländer unentgeltlich zur Verfügung stellen müssen. Gleichzeitig wäre Linksgrün bereit gewesen, mittels Umsetzung des CO2-Gesetzes eine Umverteilung in die Wege zu leiten und Schweizer Familien ans Portemonnaie zu gehen.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

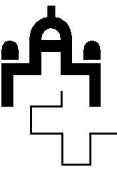
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Herbstsession: 13. September – 1. Oktober 2021**
- **Wintersession: 29. November – 17. Dezember 2021**
- **Frühjahr: 28. Februar – 18. März 2022**
- **Sommer: 30. Mai – 17. Juni 2022**
- **Herbst: 12. – 30. September 2022**
- **Winter: 28. November – 16. Dezember 2022**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder zu zweit:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



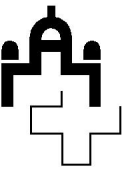
Abstimmungsempfehlung für die eidgenössische Volksabstimmung vom 26. September 2021

- **Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative der JUSO)**

NEIN

- **Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)**

NEIN



Haben Sie Fragen?